

WAHLKREIS 48 – LÜNEBURG-LAND

KANDIDAT: Philipp Meyn (SPD)

.....

Allgemeine Auftaktfrage

Priorisieren Sie die folgenden Schulthemen: Unterrichtsversorgung, Schulsozialarbeit, Inklusion, Digitalisierung, Infektionsschutz - welche sind Ihre Top 3?

Als Lehrer für Politik-Wirtschaft und Sport sind viele der zahlreichen Herausforderungen für unsere Schulen aber auch viele Positivbeispiele bekannt. Eine auskömmliche Unterrichtsversorgung ist zentral für das Gelingen von guter Schule und gelingender Inklusion. Die Einführung von Schulsozialarbeit ist ein Erfolg und muss an einigen Schulen noch ausgebaut werden. Schule sollte auf das Morgen vorbereiten und in einigen Bereichen der Digitalisierung aufholen. Über die Plattform IServ war Homeschooling samt Interaktion mit den Schüler:innen möglich. Neben aller Technikbegeisterung gilt es aber unbedingt den sportlichkünstlerischen Bereich bei unseren Kindern wieder mehr in den Fokus zu nehmen. Die Entwicklung hin zu immer mehr Medienkonsum und wesentlich weniger gemeinschaftlicher Bewegungserlebnisse ist beängstigend.

.....

Frage 1: Unterrichtsversorgung

Die gängige Praxis der Lehrerabordnungen an unterversorgte Schulen sorgt für eine Zusatzbelastung des Lehrpersonals und ist insbesondere in Pandemiezeiten kritisch zu sehen.

Es gibt ständig unterversorgte „Empfängerschulen“. Dem gegenüber erreichen ständig abgebende Schulen auch nicht mehr die 100 % Versorgung.

In der Vergangenheit sind die Berechnungen zur Unterrichtsversorgung immer wieder verändert worden, um überhaupt Zahlen nahe einer 100% igen Versorgung errechnen zu können.

„100 %“ bedeutet aber, dass schon die durch z.B. Krankheit oder Klassenfahrten fehlenden Lehrerstunden in der Summe nicht ausgeglichen werden können, weil kein Puffer vorhanden ist.

Einen solchen hat es in der Vergangenheit aber in Niedersachsen schon mal gegeben, einige andere Bundesländer haben ihn ebenfalls oder streben ihn zumindest an.

Bildungsverbände fordern seit langem als Richtmarke eine Unterrichtsversorgung von 105-110%.

Was unternehmen Sie für eine flächendeckende, ausreichende Versorgung mit Lehrkräften an jeder Schule, um Abordnungen wieder zur Ausnahme zu machen?

Das Land wird 730 neue Stellen ausschreiben, um eine flächendeckende Versorgung hinzubekommen. Außerdem sollen Prämien von bis zu 400€ für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst ausgezahlt werden, um unseren Standort attraktiver zu machen. Dazu gehört auch, dass wir endlich A13 für alle Lehrkräfte durchsetzen. Außerdem gilt es, ausländische Hochschulabschlüsse schneller anzuerkennen und den Quereinstieg für entsprechende Fachbereiche zu ermöglichen. Im Landtag werde ich mich dafür einsetzen, dass Bildungspolitik von der Krippe bis zur Volkshochschule absolute Priorität besitzt.

.....

Frage 2: Lehrkräfteaus- und weiterbildung

In der Thematik der unzulänglichen Unterrichtsversorgung steckt die mangelnde Aus-/Fortbildung neuer Lehrkräfte. Dabei ist qualifizierter Nachwuchs besonders wichtig, um neuen Herausforderungen gerecht zu werden, wie Digitalisierung, Migration und Inklusion. Studienabbrüche und vor allem auch das Ausscheiden der ausgebildeten Lehrkräfte durch Überlastung und Überforderung aus dem Schuldienst müssen verhindert werden.

Was unternehmen Sie, damit mehr Menschen den Lehrerberuf ergreifen, gut aus- und weitergebildet werden und ihm dadurch – hoffentlich - treu bleiben?

Gute Unterrichtsbedingungen durch multiprofessionellen Teams führen zu besseren individuellen Ergebnissen. Viele Klassen benötigen eine:n pädagogische:n Mitarbeiter:in, der:die in der Klasse präsent ist und benachteiligte Schüler:innen unterstützt. Auf diese Weise wird die Binnendifferenzierung gefördert und die Belastung der Lehrkraft etwas reduziert. Das führt zu einer größeren Arbeitszufriedenheit und motiviert Neueinsteiger:innen. In unserem Landkreis befindet sich zudem die Leuphana Universität Lüneburg und leistet großartiges, um kompetente neue Lehrkräfte auszubilden. angeboten, diese müssen aber noch ausgebaut werden, denn lebenslanges Lernen gilt auch für uns Lehrkräfte.

.....

Frage 3: Schulsozialarbeit

Alle Schulen sollten mit Schulsozialarbeit versorgt werden. Obwohl dieses Ziel nicht erreicht ist, hat sich das Land Niedersachsen aus der Finanzierung zurückgezogen und im Doppelhaushalt 22/23 keine Mittel dafür vorgesehen.

Was würden Sie unternehmen, um die Schulsozialarbeit an allen Schulen sicherzustellen?

Für uns gehören Sonderpädagogik, Schulsozialarbeit und pädagogische Fachkräfte an jede Schule. Hier sind die Kommunen ebenfalls gefragt und müssen diesem Ziel nachkommen. Grundsätzlich gilt es Kommunen mehr finanzielle Mittel an die Hand zu geben, sodass sie die Schulen bestmöglich ausstatten können.

.....

Frage 4: Förderschule Lernen

Ein großes Ziel heißt: Inklusion an allen Schulen. Gleichzeitig ist der Bedarf für die reine „Förderschule LERNEN“ weiterhin gegeben. Ein Beispiel aus unserer Region:

Die Johannes-Rabeler-Schule in Lüneburg ist eine Förderschule Lernen in städtischer Trägerschaft. Die Nachfrage nach Plätzen an dieser Förderschule sowohl aus dem Stadtgebiet als auch dem Landkreis ist weiterhin hoch; der Erhalt aber bisher nur bis 2028 gesichert. Daher werden bereits ab 2023 keine neuen Schüler*innen mehr angenommen!

Wie würden Sie sich für die notwendige personelle und materielle Ausstattung der Schulform „Förderschule Lernen“ entsprechend des Bedarfes im Land bis 2028 und, falls nötig, darüber hinaus einsetzen?

Alle Kinder und Jugendlichen haben die gleichen Rechte. Für uns gilt, dass wir für gelebte Inklusion und mehr Bildungsgerechtigkeit an allen Schulformen stehen. Wir müssen die Rahmenbedingungen erheblich verbessern, um mögliche Ängste zu nehmen und gemeinsam den Weg der Inklusion in den Regelschulen zu beschreiten. Inklusion darf keine Sparmaßnahme sein! Das heißt: Mehr sonderpädagogische Fachkräfte einstellen. Jetzt die Ausbildung von sozialpädagogischen Fachkräften auf Landesebene forcieren, mehr Ausbildungsstellen schaffen, die Ausbildung besser bezahlen.

.....

Frage 5: Inklusion

Der weiterhin hohe Bedarf nach der Schulform „Förderschule Lernen“ ist nur ein Beleg dafür, dass die Inklusion an Regelschulen noch nicht zufriedenstellend umgesetzt wird.

Dafür müssten Schulen besser ausgestattet werden, räumlich wie personell: mit Förderstunden, Schulbegleitung, Lehrerfortbildung, mit Differenzierungsräumen und mit niedrigeren Klassenteilern. Die kurzfristige Abschaffung der Doppelzählung von Inklusionskindern muss unbedingt wieder zurückgenommen werden.

Wie lautet Ihr Plan, um die Inklusion an allen Schulen umzusetzen?

Siehe Frage 4

.....

Frage 6: Digitalisierung und IT-Koordination

Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Die Neueinstellungen halten nicht Schritt mit dem Bedarf.

(Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

Gleichzeitig ist die Versorgung von Schulkindern aus finanziell schwachen Familien mit Tablets für digitale Bildung nicht so gewährleistet. Während Schulbücher, Taschenrechner usw. für solche Familien finanziert werden, gilt das nicht für Tablets. Wir brauchen hier dringend eine politische Lösung. Wir brauchen aber auch Lernmittelfreiheit für Tablets (get your own device) sowie Standards/Vorgaben durch das Land, was Ausstattung und Vergabeverfahren betrifft. Dabei ließen sich auch freiwerdende Budgets nutzen, wenn Tablets die bisher geförderten Taschenrechner und Schulbücher ersetzen.

Wie stehen Sie zur Lernmittelfreiheit und was unternehmen Sie

- **zur Ausstattung der Schulen mit IT-Fachpersonal?**
- **zur Ausstattung mit Hardware, WLAN und Cloud-Servern?**
- **zur Ausstattung der Schüler mit Tablets?**

Die Schule muss auf die Erfordernisse der digitalen Gesellschaft vorbereiten. Darum drängen wir auf ein höheres Tempo bei den gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen, die Digitalisierung der Schulen zeitgemäß aufzustellen. Es ist dringend notwendig, dass der Bund seinen Digitalpakt 2.0 an den Start bringt und gleichzeitig die Kommunen die schon vorhandenen Gelder auch endlich abrufen. Insgesamt standen in dieser Legislaturperiode 324 Mio. Euro zur Verfügung. In der nächsten Wahlperiode werden wir zudem jedem Schüler und oder Schülerin kostenfrei ein digitales Endgerät zur Verfügung stellen. Wir werden die Einführung des Unterrichtsfachs Informatik (ab Sommer 2023 Pflichtfach) und mit mehr Angeboten auf der Bildungscloud die digitale Lernmittelfreiheit weiter vorantreiben.

.....

Frage 7: Infektionsschutz an Schulen

Gem. Erkenntnissen der experimentellen Wissenschaft können während des Unterrichts mobile Luftfilter gegen indirekte Infektionen und Plexiglas-Trennwände mit umlaufender Kante gegen direkte Infektionen schützen. Unsere Schulen sind aber bis heute unzureichend mit dieser Technik ausgestattet, die Fördermittel sind ausgeschöpft. Der Einbau zentraler Lüftungsanlagen mit entsprechenden Filtern beginnt ansatzweise bei Schulneubauten - dieser Prozess dauert aber viel zu lange und wird der Pandemiesituation nicht gerecht.

Wie sehen lang- und kurzfristige Lösungen für Sie aus? UND: Sind Schulschließungen für Sie eine Option?

Sachgerechtes Lüften bleibt auch zukünftig ein wichtiger Baustein beim Infektionsschutz an Schulen. Darüber hinaus setzen wir auf den Einbau der zentralen Lüftungsanlagen im Neubau, teils aber auch im Bestand. Nach dem heutigen Stand scheinen die getroffenen Maßnahmen ohne Corona-Testpflicht und ohne Maskenpflicht zum Start in das neue Schuljahr ausreichend gewesen zu sein. Eine Auswertung der in den letzten Jahren getroffenen Auflagen zeigt auch, dass es keine Schulschließungen mehr geben darf. Und das gilt sowohl für die weitere Entwicklung der Pandemie als auch für die Energiekrise.

.....

Frage 8: Raumbedarf an Schulen

Unter anderem durch Digitalisierung und Inklusion haben sich die Anforderungen an den Unterricht und die Räumlichkeiten an Schulen geändert. Für räumliche Ausstattung und Baumaßnahmen sind die Kommunen als Schulträger verantwortlich. Das Land muss Vorgaben machen, damit die Kommunen als Schulträger in der Pflicht sind und entsprechende Maßnahmen ergreifen. In den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen gibt das Land solche Standards vor.

Was sind Ihre Ideen für eine entsprechende Richtlinie?

Das Thema Schulbau besitzt große Bedeutung. Auf Basis der gemeinsamen Verantwortung des Landes und der Kommunen können nach § 108 Abs. 3 NSchG das Kultusministerium und die Arbeitsgemeinschaften der Kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens insbesondere aus pädagogischen und hygienischen Gründen sowie aus Gründen der Sicherheit und des Umweltschutzes gemeinsame Empfehlung erstellen und erlassen. Grundsätzlich sehe ich aber die Kommunen vor Ort

.....

Frage 9: Berufsorientierung

Vom Fachkräftemangel sind Schulen selbst stark betroffen und natürlich die regionale Wirtschaft und Institutionen im Land Niedersachsen. Eine gute Berufsorientierung und Berufsvorbereitung nach verbindlichen Standards an den Schulen könnte den Fachkräftemangel abfedern. Auch diese Standards müssen vom Land vorgegeben werden.

Mit welchen Mitteln würden Sie die Berufsorientierung an Schulen verbessern und Landesstandards entwickeln?

Als Beauftragter für Berufliche Orientierung an der Wilhelm-Raabe-Schule bin ich überzeugt von der Bedeutung einer frühzeitigen Begegnung mit der Arbeitswelt. Der RdErl. ist seit 1.10.2018 in Kraft und gibt Standards und Praxistage verbindlich vor. Elemente der Beruflichen Orientierung sind z. B. Praxistage in Form von individualisierten Kompetenzfeststellungsverfahren, Zukunftstagen, berufspraktischen Projekten, Schülerbetriebspraktika, der Arbeit in Schülerfirmen, Besuchen von berufsbildenden Schulen, Besuchen von Hochschulinformationstagen und Bewerbungsvorbereitung. Praxistage sind unterrichtlich angemessen vor- und nachzubereiten. Für Oberschulen gilt: „Maßnahmen zur Beruflichen Orientierung und Berufsbildung werden je nach Schwerpunktbildung für Schülerinnen und Schüler, die ein Profilangebot wählen, an mindestens insgesamt 30 Tagen, für Schüler:innen, die den berufspraktischen Schwerpunkt wählen, an mindestens insgesamt 60 Tagen durchgeführt (RdErl. 1.10.2018).“ An Gymnasien sind mindestens 25 Praxistage vorgegeben. Große Unterstützung erhalten die Schulen von den zugewiesenen Berufs- und Studienberatern der Arbeitsagentur sowie beispielsweise der IHK (Ausbildungslotsen) und der Handwerkskammer. Eine intensive BO unterstützt individuell die Schüler:innen bei ihrer Berufsauswahl, führt aber meines Erachtens nur begrenzt zur Abfederung des Fachkräftemangels.

.....
Frage 10:

Schüler*innen und ihre Eltern sollten Sie wählen, weil ...

Bildung mein persönliches Herzensthema ist. Das gilt auch für die SPD, die sich seit Bestehen für bessere Chancengerechtigkeit einsetzt. Der Ausbau der KITAs ist ein Erfolg der letzten Jahre. Als SPD stehen wir für gebührenfreie Bildung und haben mit der Abschaffung von Kita- und Studiengebühren, Schulgeld in Gesundheitsfach - und Erziehungsberufen und der Einführung der Meisterprämie bereits viel erreicht für mehr Chancengerechtigkeit. Mit der digitalen Lernmittel-freiheit bauen wir darauf weiter auf. Und auch darüber hinaus wollen wir weiter in die Bildung unserer Kinder investieren: damit alle Lehrkräfte A13/E13 bekommen und die Ganztagschulen weiter ausgebaut werden. In den KITAs und Schulen kommt es neben einer modernen Ausstattung auf motivierte und hinreichend pädagogische Fachkräfte an. Das ist die große Herausforderung, die nur gemeistert wird, wenn das Thema Bildung oberste Priorität im Landtag besitzt.